

322176-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Bauarbeiten für Entwässerungsanlagen – Erschließung Neubaugebiet Karthausen in Radevormwald - Bauabschnitt 2

OJ S 90/2026 11/05/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Bauleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadt Radevormwald - Der Bürgermeister -

E-Mail: stadt@radevormwald.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Erschließung Neubaugebiet Karthausen in Radevormwald - Bauabschnitt 2

Beschreibung: Erschließung Neubaugebiet Karthausen in Radevormwald, Bauabschnitt 2

Kennung des Verfahrens: b302ac02-9546-4d3e-83af-60993c3d3f2c

Interne Kennung: 017/2026-TBA

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen

Haupteinstufung (cpv): 45232450 Bauarbeiten für Entwässerungsanlagen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 44163110 Entwässerungsleitungen, 45232452

Entwässerungsarbeiten, 45232453 Verlegung von Dränrohren und Bau von

Entwässerungskanälen, 45233120 Straßenbauarbeiten, 45247112 Bau von

Entwässerungskanälen

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Oberbergischer Kreis (DEA2A)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: Gebiet Karthausen in Radevormwald

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXT2YYHYTPNFY9DK# Bauablauf -

Baubeginn: 01.09.2026 - Bauzeit 18 Monate - Bauende 29.02.2028 Rechnungsstellung per

PDF an rechnung@radevormwald.de

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vob-a-eu -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen: Zwingender Ausschlussgrund gemäß §§ 6 e und 6f VOB/A EU iVm § 124 Abs. 2 GWB iVm § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes, § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes und § 22 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingender Ausschlussgrund gemäß §§ 6 e und 6f VOB/A EU iVm § 124 Abs. 2 GWB iVm § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes, § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes und § 22 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Terroristische Straftaten oder Straftaten, die im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten stehen: § 123 GWB - Zwingende Ausschlussgründe Die Straftaten sind in § 123 Abs. 1 Nr. 1 bis 10 GWB aufgeführt. Zu den Straftaten zählen z.B. die Bildung krimineller oder terroristischer Vereinigungen (§ 129, § 129a StGB), die Terrorismusfinanzierung (§ 89c StGB), die Geldwäsche und Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte (§ 161 StGB), der Betrug (§ 263 StGB) und der Subventionsbetrug (§ 264 StGB).

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingender Ausschlussgrund gemäß §§ 6 e und 6f VOB/A EU iVm § 123

Betrug: Zwingender Ausschlussgrund gemäß §§ 6 e und 6f VOB/A EU iVm §§ 124

Korruption: Zwingender Ausschlussgrund gemäß §§ 6 e und 6f VOB/A EU iVm §§ 123 GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingender Ausschlussgrund gem. § 123 GWB. §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Zwingender Ausschlussgrund gemäß §§ 6 e und 6f VOB/A EU iVm §§ 123 Abs. 4 GWB

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: Zwingender Ausschlussgrund gemäß §§ 6 e und 6f VOB/A EU iVm § 123 Abs. 4 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Fakultativer Ausschlussgrund gemäß §§ 6 e und 6f VOB/A EU iVm § 124

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: § 124 GWB - Fakultative Ausschlussgründe Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn 1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Umwelt-, Sozial- oder Arbeitsrechte verstößt Verpflichtungen verstoßen hat,

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Fakultativer Ausschlussgrund gemäß §§ 6 e und 6f VOB/A EU iVm § 124

Zahlungsunfähigkeit: Fakultativer Ausschlussgrund gemäß §§ 6 e und 6f VOB/A EU iVm §§ 124

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Fakultativer Ausschlussgrund gemäß §§ 6 e und 6f VOB/A EU iVm § 124

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Fakultativer Ausschlussgrund gemäß §§ 6 e und 6f VOB/A EU iVm §§ 124

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Fakultativer Ausschlussgrund gemäß §§ 6 e und 6f VOB/A EU iVm § 124

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Fakultativer Ausschlussgrund gemäß §§ 6 e und 6f VOB/A EU iVm §§ 124

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Fakultativer Ausschlussgrund gemäß §§ 6 e und 6f VOB/A EU iVm § 124

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Fakultativer Ausschlussgrund gemäß §§ 6 e und 6f VOB/A EU iVm §§ 124

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung dieses Vergabeverfahrens: Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann § 124 GWB - Fakultative Ausschlussgründe

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Fakultativer Ausschlussgrund gemäß §§ 6 e und 6f VOB/A EU iVm §§ 124

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Fakultativer Ausschlussgrund gemäß §§ 6 e und 6f VOB/A EU iVm §§ 124

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Erschließung Neubaugebiet Karthausen in Radevormwald - Bauabschnitt 2

Beschreibung: Nachfolgend sind die wesentlichen auszuführenden Hauptleistungen aufgeführt: Entwässerung Schmutzwasserkanal DN 200 aus PP-MD Länge ca. 1.090 m Regenwasserkanal DN 300 bis DN 500 aus PP-MD Länge ca. 900 m Regenwasserkanal DN 600 bis DN 800 aus Beton Länge ca. 195 m Hausanschluss RW DN 150 und DN 200 aus PP-MD Länge ca. 1.040 m Hausanschluss SW DN 150 aus PP-MD Länge ca. 1.040 m Sinkkastenanschluss RW DN 150 aus PP-MD Länge ca. 528 m Stauraumkanal DN 3200 aus GFK Länge ca. 102 m Tiefbau für Versorgungsträger - 1.375 m Länge Graben Straßenbau - 3.250 m² Baustraße A 1 für Entwässerung (Schotterstraße); inkl. Rückbau - 3.130 m² Baustraße A 2 für Versorger (Schotterstraße); inkl. Rückbau - 2.840 m² Baustraße B, 8 cm bituminöse Tragdeckschicht; inkl. Rückbau - 4.500 m² Baustraße B, 10 cm bituminöse Tragdeckschicht, inkl. Rückbau - 2.840 m² Baustraße B, 12 cm bituminöse Tragschicht - 430 m³ Baustraße B, 15 cm Schottertragschicht - 1.130 m³ Baustraße B, 25 cm Schottertragschicht - 1.170 m³ Baustraße B, 26 cm Frostschutzschicht - 970 m³ Baustraße B, 34 cm Frostschutzschicht - 6 m³ Baustraße B, 12 cm Schotterausgleichsschicht; inkl. Rückbau - 470 m³ Baustraße B, 14 cm Schotterausgleichsschicht; inkl. Rückbau - 840 m³ Baustraße B, 25 cm Schottertragschicht Nebenflächen - 870 m³ Baustraße B, 26 cm Frostschutzschicht Nebenflächen - 15 m³ Baustraße B, 28 cm Frostschutzschicht Nebenflächen - 4.640 m³ Erdaushub Straßenkorridor/Quartiere - 250 m³ Erdauftrag Straßenkorridor/Quartiere - 3.335 m² Geotextil

Interne Kennung: 017/2026-TBA

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen

Haupteinstufung (cpv): 45232450 Bauarbeiten für Entwässerungsanlagen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 44163110 Entwässerungsleitungen, 45232452 Entwässerungsarbeiten, 45232453 Verlegung von Dränrohren und Bau von Entwässerungskanälen, 45233120 Straßenbauarbeiten, 45247112 Bau von Entwässerungskanälen

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Oberbergischer Kreis (DEA2A)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: Gebiet Karthausen in Radevormwald

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 18 Monate

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:selbst#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Eignungskriteriums: Anzahl Arbeitskräfte (Auf Anforderung der Vergabestelle; Mittels Eigenerklärung): die Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal

Kriterium: Genehmigung oder Mitgliedschaft in einer bestimmten Organisation erforderlich für Dienstleistungsverträge

Beschreibung des Eignungskriteriums: Gewerbeanmeldung (Auf Anforderung der Vergabestelle; Mittels Dritterklärung):

Kriterium: Genehmigung oder Mitgliedschaft in einer bestimmten Organisation erforderlich für Dienstleistungsverträge

Beschreibung des Eignungskriteriums: Nachweis über die Registereintragung (Auf Anforderung der Vergabestelle; Mittels Dritterklärung): im Handelsregister, in der Handwerksrolle, bei der Industrie- und Handelskammer, je nachdem wo der Bieter eingetragen ist und je nachdem, ob der Bieter zu einer Eintragung in die genannten Register verpflichtet ist. Der Nachweis darf nicht älter als 12 Monate sein.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Arbeiten

Beschreibung des Eignungskriteriums: Referenznachweise (Auf Anforderung der Vergabestelle; Mittels Eigenerklärung): drei Referenznachweise in den letzten bis zu fünf abgeschlossenen Kalenderjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind und mindestens aus folgende Angaben bestehen: Ansprechpartner; Art der ausgeführten Leistung; Auftragssumme; Ausführungszeitraum; stichwortartige Benennung des mit eigenem Personal ausgeführten maßgeblichen Leistungsumfanges; Angabe zur Art der Baumaßnahme (Neubau, Umbau, Denkmal); Angabe zur vertraglichen Bindung (Hauptauftragnehmer, ARGE-Partner, Nachunternehmer); ggfls. Bestätigung des Auftraggebers über die vertragsgemäße Ausführung der Leistung

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen
Beschreibung des Eignungskriteriums: Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse (Auf Anforderung der Vergabestelle; Mittels Dritterklärung): Der Nachweis darf nicht älter als 12 Monate sein.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen
Beschreibung des Eignungskriteriums: Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen (Auf Anforderung der Vergabestelle; Mittels Dritterklärung): Der Nachweis darf nicht älter als 12 Monate sein.

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch
Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 01/06/2026 23:59:59 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXT2YYHYTPNFY9DK/documents>
Ad-hoc-Kommunikationskanal:
URL: <https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXT2YYHYTPNFY9DK>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich
Adresse für die Einreichung: <https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXT2YYHYTPNFY9DK>
Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch
Elektronischer Katalog: Nicht zulässig
Varianten: Zulässig
Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig
Frist für den Eingang der Angebote: 16/06/2026 12:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 59 Tage
Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:
Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.
Zusätzliche Informationen: nachgefordert nach den gesetzlichen Bestimmungen der VOB/A EU

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein
Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Bauablauf - Baubeginn: 01.09.2026 - Bauzeit 18 Monate - Bauende 29.02.2028
Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich
Aufträge werden elektronisch erteilt: ja
Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Schlichtungsstelle: Vergabekammer Rheinland - Spruchkörper Köln bei der Bezirksregierung Köln

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Rheinland - Spruchkörper Köln bei der Bezirksregierung Köln

Informationen über die Überprüfungsfristen: Die Fristen des § 160 Abs. 3 Ziffer 1-4 GWB sind zu beachten. Danach ist ein Nachprüfungsverfahren unzulässig, soweit: 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Stadt Radevormwald - Der Bürgermeister -

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Vergabekammer Rheinland - Spruchkörper Köln bei der Bezirksregierung Köln

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Stadt Radevormwald - Der Bürgermeister -

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadt Radevormwald - Der Bürgermeister -

Registrierungsnummer: 053740036036-31001-50

Postanschrift: Hohenfuhrstraße 13

Stadt: Radevormwald

Postleitzahl: 42477

Land, Gliederung (NUTS): Oberbergischer Kreis (DEA2A)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Der Bürgermeister

E-Mail: stadt@radevormwald.de

Telefon: +49 21956060

Fax: +49 2195606116

Internetadresse: <http://www.radevormwald.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland - Spruchkörper Köln bei der Bezirksregierung Köln

Registrierungsnummer: 05315-03002-81

Postanschrift: Zeughausstr. 2 - 10

Stadt: Köln

Postleitzahl: 50667
Land, Gliederung (NUTS): Köln, Kreisfreie Stadt (DEA23)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Geschäftsstelle Vergabekammer Rheinland
E-Mail: vergabekammer@bezreg-koeln.nrw.de
Telefon: +49 221147-3116
Fax: +49 221147-2889
Internetadresse: <http://www.bezreg-koeln.nrw.de>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

Schlichtungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 24782807-4497-4500-9253-f319ba994e54 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 08/05/2026 00:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 322176-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 90/2026

Datum der Veröffentlichung: 11/05/2026